

zu einem weiteren Ort der Unsicherheit für Betroffene; gleichzeitig fließt die Bedrohung schnell in die Offline-Welt, wenn beispielsweise persönliche Daten der betreffenden Personen im Netz veröffentlicht werden und somit potenziell Leib und Leben bedroht sind (vgl. ebd.).

Eine derartige Einschüchterung engagierter Menschen kann in einer gefährlichen Spirale enden: Engagierte werden persönlich bedroht und können so ihre Arbeit möglicherweise nicht mehr oder nicht mehr im gleichen Umfang ausüben. Das wiederum kann die vorhandenen rechtsextremen Netzwerke, von denen die Einschüchterung ausgeht, stärken, da sie weniger Gegenwehr erfahren. Zugleich bedeutet weniger Gegenwehr, dass sich die rechten Milieus in ihren Positionen und Aktionen sicherer fühlen und offener agieren können. Andererseits zeigt sich an Fallbeispielen jedoch auch häufig, dass Einschüchterungsversuche und Drohungen ein beherztes und lautes Engagement aus verschiedenen Teilen der Gesellschaft hervorrufen können, was das Potenzial hat, rechtsextreme Räume zurückzuerobern, den Betroffenen der Einschüchterungsversuche den Rücken zu stärken und extrem rechten Akteur:innen die Grenzen ihrer Möglichkeiten deutlich zu machen (vgl. Molthagen/Korgel 2009; Schmidtke/Hoffmann 2021).

Blickt man auf vergangene rechtsextreme Gewalttaten oder Terrorakte, fällt auf, dass die Betroffenen in unterschiedlichsten Alltagssituationen und Lebensabschnitten zu Opfern von Gewalt wurden. Menschen, die angegriffen wurden, weil sie von den gewalttätigen Akteur:innen als Andere wahrgenommen werden, erfuhren Gewalt und Tod bei der Arbeit, zu Hause, bei der Ausübung ihrer Religion, bei alltäglichem Freizeitvertreib und so weiter. Es ist unmöglich, all den Situationen, in denen zuvor Menschen durch rechtsextreme Gewalt zu Schaden kamen, aus dem Weg zu gehen. Das zeigt zum einen, wie allein die gefährliche Ideologie der Täter:innen wie ein roter Faden zwischen den Taten zusammenläuft, und zum anderen, wie bei Betroffenen das Gefühl ständiger Unsicherheit gestärkt wird – gerade dort, wo immer wieder mangelnde staatliche Aufklärung oder Gegenmaßnahmen auszumachen sind (vgl. Kazim 2021; Dippel 2020).

### 5.3. Spaltung

Begonnen habe ich die Beschreibung dreier Ebenen mit der sprichwörtlichen Spitze des Eisbergs – mit dem Teil der realen Manifestationen rechtsextremen Hasses, der am deutlichsten sichtbar ist und so auch die größte Aufmerksamkeit auf sich zieht. Doch solche manifeste Gewalt oder auch die damit un-

mittelbar zusammenhängende Einschüchterung von Menschen als alleinstehendes Phänomen zu begreifen, würde Mechanismen verschleiern, die bereits weit vorher greifen. Diese Mechanismen arbeiten an Punkten in der Gesellschaft, an denen sie weniger klar und ausgeprägt erscheinen als Gewalttaten und doch einen wichtigen Nähr- und Resonanzboden bilden.

In den vorausgegangenen Kapiteln wurde deutlich, welcher bestehender rassistischer, sexistischer und antifeministischer Topoi sich die Erzählung des ›großen Austauschs‹ bedient und wie die unterschiedlichen Diskriminierungsdimensionen in ihr zusammenlaufen. Die vorgefundenen verächtlichen Topoi – von der Hypersexualisierung des Anderen bis hin zur Diskreditierung eines selbstbestimmten Reproduktionsverhaltens weißer Frauen – sind allesamt seit langem im Diskurs vorhanden (vgl. Kapitel 2) und werden auf unterschiedliche Weise wiedergegeben und damit in neue und alte Diskursräume eingespeist. In diesem Abschnitt möchte ich aufzeigen, dass die Ideologie, die das Austausch-Narrativ vermittelt, zur Spaltung der Gesellschaft beiträgt, indem Vorurteile erschaffen, gestärkt und ständig reproduziert werden.

Dabei unterscheidet sich die Ebene der Spaltung in einem grundlegenden Punkt von den beiden vorausgegangenen: Dort gingen Handlungen stets von extrem rechten Personen oder Milieus aus, deren Ideologie den in dieser Arbeit untersuchten Erzählungen gleicht oder ähnelt. Hier soll es nun aber (auch) um Mechanismen gehen, die in einem breiteren gesellschaftlichen Rahmen wirken und von Personen oder Milieus ausgehen, die eben nicht rechtsextrem sind, und die doch auf narrativen oder ideologischen Bruchstücken fußen, wie wir sie im Narrativ des ›großen Austauschs‹ finden. Das betrifft explizit auch Mechanismen, die von den sie Mittragenden nicht als rassistisch oder sexistisch (an)erkannt werden. Besonders in diesem Unterkapitel kann es deshalb nicht darum gehen, eine lineare Verbindung zwischen dem neurechten Narrativ und unterschiedlich gearteten Auswirkungen zu zeichnen. Doch diese dritte Ebene kann auf Schiefklagen im Diskurs aufmerksam machen, die auf Vorurteilen und Ausgrenzungsdynamiken basieren, denen ähnliche oder die gleichen Topoi wie hier analysiert zu Grunde liegen, und die extrem rechten Bewegungen dadurch Anschlussstellen für ihre Ideologie bieten.

Warum sind Vorgänge, die im Gegensatz zu den bisher behandelten Manifestationen des Narrativs des ›großen Austauschs‹ nicht (unmittelbar) in manifester Gewalt enden oder Leib und Leben konkreter Personen bedrohen, überhaupt von Bedeutung? Die Manifestationen, um die es in diesem Unterkapitel gehen soll, bilden das Gerüst, auf dem Hass, Ausgrenzung und Gewalt, wie sie zuvor besprochen wurden, basieren. Entsprechend ist ihre Erkundung – wenn

auch nur in Form eines knappen Überblicks – fundamental und darf an dieser Stelle nicht fehlen. Denn sie finden sich (auch) an Orten der Gesellschaft, die oft als »Mitte« bezeichnet werden und an denen man Menschen mit unter frei von solch hasserfüllten Ideologiebruchstücken wähnt (vgl. Decker/Brähler 2020: 15f). Gerade hier wird greifbar, wie tief verwurzelt einige der zentralsten Bestandteile ausgrenzender und abwertender Ideologien in der Gesellschaft sind.

Ein Kernstück des ›großen Austauschs‹ ist die Aufteilung von Menschen entlang einer postulierten Zugehörigkeit bzw. Nicht-Zugehörigkeit und davon ausgehend eine Auf- bzw. Abwertung entsprechend ihrer vermeintlichen Nützlichkeit oder Schädlichkeit für das ersonnene Kollektiv. Der sogenannten Ethnopluralismus der Neuen Rechten gibt vor, keine Hierarchien zu bilden, um den dahinterstehenden Rassismus zu verschleiern. Doch auch abseits der in dieser Arbeit untersuchten Medien finden sich sowohl taktische Nutzungen der Unterteilung in vermeintlich Nicht-Zugehörige und Zugehörige als auch ähnliche, auf lange etablierten Markern beruhende Zweiteilungen, die von Teilen der Gesellschaft ausgehen, die mit extrem rechten Akteur:innen keine Intention teilen. Eine solche Unterteilung von Menschen tritt in verschiedenen öffentlichen und/oder politischen Debatten zu Tage, wo es darum geht, welche Menschen nach Deutschland einwandern, wer in Deutschland wie leben sollte und wer im deutschen Alltag als hiesig oder fremd wahrgenommen wird. Oft liegen auch diesen Debatten ideologische Versatzstücke des ›großen Austauschs‹ und althergebrachte Diskriminierungsnarrative zugrunde, die jedoch nicht immer auf den ersten Blick als solche identifizierbar, sondern teils erst nach einer tiefergreifenden Analyse auszumachen sind.

Sucht man zunächst nach den Stellen, an denen die Spaltungsmechanismen noch am deutlichsten sichtbar sind, fallen Akteur:innen auf, bei denen derartige Anrufungen nicht überraschen. Die als rechtsextrem eingestufte AfD (vgl. Cremer 2021) etwa lebt praktisch von solchen Spaltungen und bringt das Thema Migration immer wieder mit einem vermeintlichen Schaden am Volk in Zusammenhang. Beispielsweise, wenn sie sich in einer Kleinen Anfrage an den Bundestag nach der Anzahl schwerbehinderter Menschen erkundigt und im gleichen Atemzug nach einem Zusammenhang zur »Heirat innerhalb der Familie« und dem Anteil an Menschen mit Migrationshintergrund bzw. ohne deutsche Staatsbürgerschaft fragt (vgl. AfD-Fraktion im Bundestag 2018). Neben der ableistischen Stigmatisierung von Menschen mit schwerwiegenden Beeinträchtigungen wird hier eine Grenze gezogen zwischen schwerbehinderten *weißen* Deutschen und solchen, die selbst migriert sind oder ei-

ne familiäre Migrationsgeschichte aufweisen, mit der suggeriert wird, letztere hätten Behinderungen durch ihr Sexualverhalten selbst zu verschulden. Mit dem Narrativ der falschen Sexualmoral des Anderen wird das Bild einer Migration gezeichnet, die der Volksgesundheit schadet – und das auf breiter politischer Bühne.

Aber auch in anderen Teilen der politischen Landschaft finden sich Veratzstücke des Austausch-Narrativs, angefangen mit den kruden rassistischen Thesen des ehemaligen SPD-Politikers Sarrazin (vgl. Haller/Niggeschmidt 2012) bis hin zu CDU-Mann Jürgen Rüttgers, der zur Behebung des Facharbeitermangels in der IT-Branche mit der Forderung »Kinder statt Inder« für Furore sorgte (vgl. Rüttgers verteidigt verbalen Ausrutscher 2000). Nach der sogenannten Kölner Silvesternacht bedienten sich nicht nur extrem rechte Parteien wie NPD und AfD des alten Narrativs des sexuell übergriffigen Anderen, auch im Umfeld von FDP oder CDU wurde es aufgegriffen (vgl. Weiß et al. 2021: 50). Nun unterscheiden sich die gebrachten Beispiele sicher bisweilen massiv in ihrer ideologischen Basis und der Intention der Sprechenden. Doch in allen Fällen geht es in dem Gesagten um die Entwicklung eines deutschen Volkes, zu dem Menschen von außerhalb oder all jene, denen eine solche Herkunft zugeschrieben wird, nicht so recht passen. Die Entwicklung dieses Volkes verläuft ohne diese Menschen besser, so der Tenor. Oft ist dabei auch die Nützlichkeit von Menschen von Belang: Wer wird zur Aufwertung des Volkskörpers gebraucht und wer nicht, wer schadet dem Volk sogar aktiv?

Das Thema Migration wird auch in wissenschaftlichen Demografiedebatten oft vor einem Hintergrund der Nützlichkeit für Staat und Gesellschaft behandelt. Entsprechend unterschiedlich ausgerichtet sind etwa Untersuchungen des Reproduktionsverhaltens von Personen (im Normalfall nur Frauen) mit oder ohne familiäre Migrationsgeschichte. Geht es bei letzteren eher um die Förderung der Familienplanung, die Unterstützung subjektiver Wünsche, befassen sich Studien zum Reproduktionsverhalten von Frauen, die als Migrantinnen verstanden werden, eher mit sich verändernden Geburtenzahlen und deren Einfluss auf die deutsche Gesellschaft (vgl. Schultz 2019: 173f). Auch der konkrete Untersuchungsgegenstand und die Fragestellungen müssen zum Teil kritisch betrachtet werden angesichts der Frage, wer in Deutschland als migrantisch gilt und welches Bild der Andersartigkeit die entsprechenden Studien vermitteln können. Schultz (2019: 174) spricht von einer »Verlängerung des Andersseins in die Zukunft«, wo Studien zu Reproduktion und Demografie nicht nur selbst migrierte Menschen zum Forschungsgegenstand haben, sondern auch deren Nachkommen über mehrere

Generationen ›anders bleiben‹. Wahrgenommen wird diese ›Verlängerung‹ selbstverständlich nicht nur potenziell von den Teilen der Gesellschaft, die sich als zugehörig begreifen und so auch begriffen werden, sondern auch von Menschen, auf die dieses Anderssein projiziert wird.

Auch in der medialen Berichterstattung werden vielfach Bilder einer rassifizierten Andersartigkeit und einer Gefahr durch den Anderen reproduziert. Die erwähnten Ereignisse von Köln etwa, deren mediale Behandlung als rassistisch-sexistisches Polarisierungsereignis gelten muss, inspirierten nicht nur große Medienhäuser zu vor Vorurteilen strotzenden Darstellungen (vgl. Hark/Villa 2018: 61) und machten deutlich, wie prävalent das Bild des Anderen Mannes als hypersexuell und gewaltvoll ist – immerhin einer der Kernpunkte der Erzählung vom »großen Austausch«. Sie riefen auch andere mediale Akteur:innen auf den Plan, wie etwa die seit Jahren für ihre rassistischen Interpretationen kritisierte Alice Schwarzer, die feststellte: »Diese Islamisten haben dem Westen den Krieg erklärt.« (Schwarzer 2016) Hier wird einmal mehr deutlich, wie die Sexualisierung des Anderen – ganz im Sinne der Austausch Erzählung – auch in weiteren Teilen der Gesellschaft mit einer vermeintlichen Machtübernahme nicht nur über die Frau, sondern über ein als politische Einheit betrachtetes Kollektiv (hier der »Westen«) in einen Zusammenhang gestellt wird. Dass in den oben untersuchten neurechten Texten migrantisierte Männer als Gefahr für *weiße* deutsche Frauen und damit für das Volk als Ganzes verunglimpft wurden, überrascht kaum; doch die Erzählung bleibt eben nicht in diesen Räumen. Selbst im literarischen Mainstream wird das Bild des »großen Austauschs« teils unumwunden nachgezeichnet (vgl. Buchen 2021).

Wie stark das Narrativ des gefährlichen Anderen verankert ist, wird immer wieder deutlich, wo dieser quasi als Kollektivsymbol (vgl. Jäger 2015: 56) funktioniert, dessen genauere Ausformulierung überflüssig ist. In Debatten um Migration, die zunächst gar keine geschlechtliche Komponente besitzen, wird diese Dimension fast automatisch ins Spiel gebracht und der Andere zur Gefahr für das Kollektiv stilisiert. Die Sexualisierung erschafft ein Konstrukt, das in höchstem Maße nützlich zur Rechtfertigung des eigenen Rassismus – etwa in Form der Ablehnung von Migration aus dem Globalen Süden – ist (vgl. Dietze 2016: 180). Dieses Konstrukt muss mittlerweile noch nicht einmal mehr genauer erklärt oder begründet werden, wie exemplarisch die Kommentarspalten unter einem bebilderten Bericht über die Evakuierung von Menschen aus Afghanistan zeigen.

Abb. 8/9: Der Spiegel, Facebook-Beitrag: Medienbericht: US-Luftwaffe fliegt 640 Afghanen aus – in einem einzigen Flugzeug, 17.08.2021. <https://www.facebook.com/der.spiegel/posts/10160164633099869> [10.09.2021].



Offenbar besteht in vielen Teilen der Gesellschaft eine starke gedankliche Nähe zwischen der Wahrnehmung einer von Migration ausgehenden Gefahr für das individuelle Wohl und der Übertragung dieses Gefahrenbildes auf ein Kollektiv, wie es in obigem Beispiel am Zitat von Alice Schwarzer hervortrat. In der aktuellen Mitte-Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung stimmten über 21 % der Befragten der Aussage zu, die deutsche Gesellschaft werde »durch den Islam unterwandert«; weitere 22 % stimmten dem zumindest teilweise zu (vgl. Häusler/Küpper 2021: 237). Die Zustimmung zum Vorwurf der »Unterwanderung« spiegelt genau das vermeintlich strategische Vorgehen einer feindlichen Macht wider, das auch im »großen Austausch« postuliert wird, und das scheinbar fast die Hälfte der Befragten – hier repräsentativ für die deutsche Bevölkerung – verinnerlicht hat oder zumindest in Erwägung zieht. Das bedeutet auch, dass Menschen, die an eine solche »Unterwanderung« glauben, all jene potenziell als Bedrohung begreifen, die sie im muslimischen Glauben verorten.

Ein Grund für eine solche Kollektivsymbolhaftigkeit könnte schon darin bestehen, dass Migration aus dem Globalen Süden insgesamt an vielen gesellschaftlichen Orten als bedrohliches Ziel dargestellt wird, dem es Einhalt zu gebieten gilt. Mit symbolträchtigen Metaphern wie »Das Boot ist voll« (Birnbaum 2015) wird das Bild einer unverrückbaren Kapazität erschaffen, bei deren Überschreitung eine Gefahr für alle droht – vor allem auch für diejenigen, die bereits Teil des bestehenden Kollektivs sind. Um das Bild weiterzuzeichnen: Auch, wer bereits im Boot saß, als dieses noch nicht voll war, gerät beim Kentern in Gefahr. Medial wird vielfach der Topos einer unkontrollierbaren

oder unkontrollierten Migration als Bedrohung übernommen, was bestehende Narrative der Gefährdung nährt (vgl. Andres 2021: 9f).

Doch bereits weit vor solchen Angriffsszenarien findet eine Unterscheidung nach Zugehörigkeit und Nicht-so-recht-Zugehörigkeit statt, was sich schon in Debatten wie der teilweise unbeholfen wirkenden Suche nach einer passenden Bezeichnung für Deutsche widerspiegelt, die häufig nicht als »echte« Deutsche betrachtet werden, da es in ihrer Familie eine Migrationsgeschichte gibt (vgl. Foroutan 2010: 10). Die Zweiteilung geht auch dort weiter, wo Menschen mit vermeintlichen Komplimenten konfrontiert werden, die doch nichts anderes sind als Ausdruck eines exotisierenden Rassismus (vgl. Böcker 2015: 658). Wir gelangen wieder zur Natur-Kultur-Dichotomie aus Kapitel 2.3., wenn beispielsweise Menschen tatsächlicher oder zugeschriebener afrikanischer Herkunft für ihre »Natürlichkeit« bewundert werden. Auch hier geht es um die Zuschreibung von Zugehörigkeiten und Nicht-Zugehörigkeiten, die nicht bloß Vorurteile in den Köpfen der Ausführenden reproduziert, sondern auch den Betroffenen beständig das Gefühl vermittelt, nicht als zugehörig gesehen zu werden.

Oft ist mit der Zuweisung einer Nichtzugehörigkeit ein gewisses Anspruchsdenken verbunden. Etwa der Anspruch der Mehrheitsgesellschaft, mehr Rechte zu genießen als Menschen, die migriert sind (vgl. Zick/Küpper 2021: 190f). Gerade, wo dieser Anspruch einem subjektiven Empfinden nach unerfüllt bleibt, knüpfen die Narrative der Neuen Rechten mit ihrer vermeintlichen Ungerechtigkeit und der Täter-Opfer-Umkehr an, wie wir es im empirischen Teil dieser Arbeit gesehen haben. An dieser Stelle ergeben sich für Propagierende des »großen Austauschs« neue Einfallstore für ihre Ideologie und gleichzeitig wirkt schon die Erzählung der Benachteiligung als solche als Spaltungsmechanismus zwischen jenen, die größere Privilegien für sich beanspruchen und jenen, die die daraus hervorgehende gewünschte Degradierung ihrer selbst zu spüren bekommen.

Ein solches Anknüpfen betrifft vor allem Diskursräume, die sich extrem rechte Akteur:innen erschließen möchten, um neue Zielgruppen zu erreichen. Denn an bestimmten Schnittstellen kann die neurechte Erzählung so aus ihrem gewohnten Milieu herausfließen und weit darüber hinaus wirken. Zu diesem Zweck inszenieren sich die jeweiligen Netzwerke und Akteur:innen gerne als modern und ganz anders als das, was man sich früher unter dem Begriff des Rechtsextremismus vorstellte. Zu dieser Strategie der Gewinnung neuer Einflussphären passt es, dass das Internet und die sozialen Medien die wohl wichtigste Schnittstelle darstellen, über die neurechte Medien und

Influencer:innen neue Zielgruppen erreichen (vgl. Schäfers 2019). Über solche direkten Kanäle ist es der Szene möglich, ihre Inhalte gezielt und vollumfänglich zu platzieren und dabei dennoch auch Personengruppen zu erreichen, die von der Neuen Rechten betriebene Portale oder herausgegebene Zeitschriften nicht aus eigenem Antrieb konsumieren würden (vgl. Schäfers 2019). Um neue Zielgruppen nicht mit offen rassistischen oder misogynen Äußerungen zu schrecken – und auch, um Sperrungen durch die jeweiligen Plattformen möglichst zu vermeiden (vgl. Seiten der »Identitären Bewegung« auf Facebook und Instagram gesperrt 2018) – bleiben die wahren Inhalte und Hintergründe zunächst häufig etwas undurchsichtig, beispielsweise durch die Nutzung scheinbar harmloser, ›humorvoller‹ Bemerkungen oder Memes (vgl. Dittrich et al. 2020: 42f).

Solche Strategien der Kommunikation werden nicht zufällig gewählt, sondern sind Teil einer Agenda und werden als solcher in den eigenen Reihen auch klar benannt (vgl. Dittrich et al. 2020: 42f). Gerade die sozialen Medien werden gezielt genutzt, um die ideologischen Kategorisierungen in ungewollte und gewollte Menschen, in Zugehörige und Nichtzugehörige zu verbreiten und in der persönlichen Wahrnehmung der Konsument:innen entsprechender Medien zu stärken. Dass verschiedene Versatzstücke des in dieser Arbeit betrachteten Narrativs weithin im öffentlichen Diskurs existieren, lassen die Vertreter:innen der Geschichte vom ›großen Austausch‹ in vorhandene Kerben schlagen und die so entstehenden Gräben vertiefen, während damit gleichzeitig ihre Ideologie als Ganze weiter in den Mainstream getragen wird.

Ein scheinbar besonders wirkungsvolles Einfallstor bieten auch Genderbezogene Thematiken im weiteren Sinne. Nicht nur in extrem rechten Kreisen werden Misogynie, Homophobie und Antifeminismus zu einem Problem des Anderen stilisiert (vgl. Gigler/Swoboda 2016; Naber/Reiß 2016), während Akteur:innen bis weit in das politische und populärliterarische Spektrum hinein gleichzeitig selbst Geschlechterbinarität und traditionelle Rollenmuster vertreten (vgl. Auth et al. 2010; Kerner 2009: 186ff). Kritik an feministischen Anliegen – von geschlechtergerechter Sprache (vgl. Schloemann 2019) über geschlechtssensible Kindererziehung (vgl. Billmann 2015) bis hin zu bestimmten Arten der Mobilisierung gegen sexuelle Gewalt (vgl. Witzeck 2018) – ist derart weit verbreitet (vgl. Höcker et al. 2020: 262ff), dass sie passgenaue Anschlussstellen für diejenigen bieten kann, die extrem rechte Positionen im Diskurs zu stärken suchen. Antifeministische Positionen sind auch deshalb in diesem Sinne so gut nutzbar, weil der von privilegierten Menschen teilweise empfundene Verlust dieser Privilegien in einer diverseren, geschlechtergerechteren, wie

auch in stärkerem Maße als noch vor Jahren rassismuskritischen Gesellschaft dazu führen kann, dass anti-emanzipatorische Anliegen kritisiert und diskreditiert werden (vgl. Höcker et al. 2020: 267). Mit dem Eintreten für die (heteronormative) Kleinfamilie oder dem Ruf nach traditionellen Geschlechterrollen lassen sich viele Menschen abholen, die keinem rechten Milieu zuzurechnen sind (vgl. ebd.: 258f). Und ein vermeintlicher Einsatz für Frauenrechte, wie wir ihn nicht nur in den betrachteten neurechten Texten festgestellt haben, lässt sich als hehres Anliegen inszenieren, das ebenfalls Menschen anspricht, die Teile der Gesellschaft aus rassistischen Motiven ablehnen, sich diesen Rassismus aber nicht vorwerfen lassen möchten.